

06.
78 000.
100 000.
150 000.
200 000.
250 000.
300 000.
350 000.
400 000.
450 000.
500 000.
550 000.
600 000.
650 000.
700 000.
750 000.
800 000.
850 000.
900 000.
950 000.
1 000 000.

Bezugs-Preis

Für Leipzig und Vorträge: In der Haupt-
Abteilung oder deren Ausgabestellen ab-
geholt monatlich: Ausgabe A (1 mal täglich)
70 Pf., Ausgabe B (2 mal täglich) 80 Pf.,
bei Zustellung ins Haus Ausgabe A 80 Pf.,
Ausgabe B 1 Mark. Durch weitere aus-
wärtigen Ausgabestellen und durch die Post
bezogen (1 mal täglich) für Deutschland und
Oesterreich monatlich 1 Mark, für die übrigen
Länder laut Fernverkehrspreisen.

Diese Nummer kostet auf
allen Vertriebsstellen und bei
den Leitungs-Büros **10 Pf.**

Redaktion und Expedition:
Johannisplatz 8.
Telephon Nr. 153, Nr. 222, Nr. 1175.
Berliner Redaktions-Bureau:
Berlin NW. 7, Prinz Louis Ferdinand-
Straße 1.
Telephon 1, Nr. 9275.

Nr. 508.

Morgen-Ausgabe B.

Leipziger Tageblatt

und Handelszeitung.

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Donnerstag 11. Oktober 1906.

Anzeigen-Preis

Die gewöhnliche Zeile für Geschäfts-
anzeigen und Anzeigen in den
Familien, Wohnungs- u. Stellen-Anzeigen,
 sowie An- und Verleihe 30 Pf., sonstige
Anzeigen 50 Pf.
Für Anzeigen von mindestens 30 Pf.
Reklamen 75 Pf., anstandslos 1 Mark, Beilage-
gebühren 4 Mark p. Zeile und 2 Pf. Beilage-
gebühren an den Verleger. Die Beilage-
gebühren sind an den Verleger zu zahlen.
Werte erhöht, Rabatt nach Tarif.

Abgabe-Ordnung: **Kugelschloß 8,**
bei den Herren **Hilgen u. allen Anzeigen-
Erpeditionen des Tages- und Nachtblatts.**

Für das Verzeichnis an bestimmten Tagen u.
Säulen wird keine Garantie übernommen.

Quartals-Verlag:
Carl Zander, Berlin, Postfach 10,
Telephon VI, Nr. 4003.

Verlag-Expedition: Dresden, Marienstr. 54.

100. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

* Am heutigen Tage trifft König Friedrich August
zum Besuch der Automobil-Ausstellung in Leipzig ein.

* Der Kaiser hat die braunschweigische Thronfolge
des jüngsten Sohnes des Herzogs von Cumberland
abgelehnt. (S. d. bef. Art.)

* Die Denkwürdigkeiten des Fürsten zu Hohen-
lohe sind nunmehr vollständig in Buchform erschienen.
(S. d. bef. Art.) Der bringen in der dritten Beilage
dieser Nummer größere Auszüge aus dem zweiten Band.

* Zum Gedächtnis des bei Saalfeld 1806 ge-
fallenen Prinzen Louis Ferdinand von
Preußen sind in Berlin in Gegenwart des Kaisers
eine Feierlichkeiten statt. Auch auf dem Schiffsplatze
von Saalfeld hat eine Gedenkfeier stattgefunden. (S.
Letzte Dep.)

* Die neufränkische Regierung erkennt das eng-
lische Abkommen mit Amerika in der Fischereiangelegen-
heit an und bezieht die amerikanischen Fischerboote mit
Konzeption. (S. Ausl.)

* Bei dem vom Berliner Verein für Luft-
schiffahrt veranstalteten Wettkampf zwischen
Ballon und Automobil wurden als Sieger ge-
nannt: beim ersten Ballon der Führer Hauptmann
Schulz, beim zweiten Ballon der Führer Hauptmann
Kreuzmann, beim dritten Ballon der Führer
Leutnant Georg, beim vierten Ballon der Ver-
treter Deutschlande la Croix. (S. d. bef. Art. u.
den ausführl. Bericht unter Sport.)

* Die Leipziger Stadtverordneten haben in
gestriger Sitzung der Ratvorlage, betreffend die Einber-
euerung der Gemeinderäte, Städtischen Ausschüsse,
Stände, Protokolle, Böden und Böden in das
Stadtbüchlein, einstimmig zugestimmt. (S. Bericht
1. Beil.)

Der Kaiser und der Cumberlander.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ meldet: Zwischen
dem Kaiser und dem Herzog von Cumberland, sowie zwischen
dem Kaiser und dem Reichskanzler hat wegen der Regierung
in Braunschweig ein Briefwechsel stattgefunden, den wir im
folgenden zu veröffentlichen ermächtigt sind:

1) Schreiben des Herzogs an den Kaiser:

Durchlauchtigster, Großmächtigster Kaiser und König!
Freundlich lieber Vater und Bruder! Die Revolution,
welche die Landesverfassung des Herzogtums Braun-
schweig zur Neuordnung der Regierungsverhältnisse des
Herzogtums am 26. September angenommen und die das
Herzogliche Staatsministerium zur Kenntnis gebracht
hat, gibt mir Anlaß, an Euerer Kaiserliche Majestät mich
mit einer freundlichen Bitte zu wenden. Es ist mein
Wunsch, eine entsprechende Ordnung der Regierungsver-
hältnisse im Herzogtum Braunschweig auf dem Wege herbei-
zuführen zu sehen, daß ich und mein ältester Sohn, Prinz
Georg Wilhelm, unsere Rechte auf die Regierung im
Herzogtum auf meinen jüngsten nach dem braunschwei-
gischen Dausgericht volljährigen Sohn, dem Prinzen Ernst
August übertrage und daß dieser als Herzog die Regie-
rung übernehme. Mir und meinem ältesten Sohne, so-
wie dessen Lebenslang würde die Succession in Braun-
schweig für den Fall vorbehalten bleiben, daß die Linie
meines jüngsten Sohnes erlöschen sollte. Der Verzicht-
leistung auf den braunschweigischen Thron würden ich und
mein ältester Sohn entsprechen, sobald Gemüthsruhe be-
steht, daß der Regierung meines jüngsten Sohnes keine Hin-
dernisse entgegenstehen. Diese meine Bitte und meinen
Wunsch bitte ich dem Allerhöchsten Wohlwollen Eurer
Kaiserlichen und Königlich Majestät empfehlen zu dürfen.
Mit der Versicherung der vollkommensten Hochachtung und
Brennhaftigkeit verbleibe ich Eurer Kaiserlichen und König-
lichen Majestät freundschaftlicher Bruder und Vetter. Ge-
org Ernst August, Gumbden, den 2. Oktober.

2) Schreiben des Herzogs von Cumberland an den Reichskanzler:

Eurer Durchlaucht bitte ich mich schriftlich des Schrei-
bens, welches ich an den Deutschen Kaiser und König von
Preußen Majestät wegen der Übertragung der Regierung
des Herzogtums Braunschweig gerichtet habe, zur geneigten
Kenntnis hierüber zu überreichen und Eurer Durchlaucht
als Vorsitzenden des Bundesrates zu bitten, von dem In-
halte des Schreibens dem Bundesrat Mitteilung machen
zu wollen, sobald Eurer Durchlaucht dies für angezeigt
halten. In dem ich die freundliche Bitte ausspreche, daß
Eurer Durchlaucht der Vermittlung meines in dem
Dankschreiben seiner Majestät unterbreiteten Vorschlags
geneigte Unterstützung angedeihen lassen wollen, verbleibe
ich mit vollkommener Hochachtung Eurer Durchlaucht er-
gebenster. Georg Ernst August, Gumbden, den 2. Oktober.

3) Schreiben des Kaisers an den Herzog von Cumberland:

An den Prinzen Ernst August von Großbritannien
und Irland, Herzog von Cumberland, Königlich Majestät.
Durchlauchtigster Herr! Freundlich lieber Vetter und
Bruder! Eurer Königlich Majestät Schreiben vom 2. Ok-
tober habe ich erhalten. Die Regierung in Braunschweig
ist durch den Beschluß des Bundesrates vom 2. Juli 1806
in der nach der Lage der Verhältnisse durch die Inter-
essen des Reiches gebotenen Weise geregelt worden. Ich

berufenen Hüter dieser Interessen nach ich Anstand
nehmen, zu einer Neuregelung die Hand zu bieten, so
lange noch die Sach- und Rechtslage so zu dem gedachten
Bundesratsbeschlusse geführt hat, unverändert fortbesteht.
Der Inhalt Eurer Königlich Majestät Schreiben bietet
aber keinen Grund, diese Lage als verändert anzusehen,
und ich bin daher anhersehend, der mir von Eurer
Königlich Majestät ausgesprochenen Bitte nachzutreten.
Eure Königlich Majestät bitte ich, die Versicherung der
ausgesprochenen Hochachtung entgegenzunehmen, womit
ich bin Eurer Königlich Majestät freundlicher, ergebener
Vetter. Georg Ernst August, Gumbden, den 2. Oktober 1906.

4) Schreiben des Reichskanzlers an den Herzog von Cumberland:

Seiner Königlich Majestät dem Prinzen Ernst August
von Großbritannien und Irland, Herzog von Cumber-
land, Eurer Königlich Majestät beziehe ich mich mit
unterwürdigstem Dank den Empfang des gnädigen Schrei-
bens vom 2. dieses Monats zu bezeugen, mit welchem Eure
Königlich Majestät mir eine Abschrift des von Ihnen an
Seine Majestät den Kaiser und König wegen der Re-
gierung im Herzogtum Braunschweig gerichteten Schrei-
bens zur Kenntnis überreicht haben. Was Eurer König-
lich Majestät Wunsch nach Mitteilung dieses Schreibens
an den Bundesrat betrifft, so muß ich mir die Ent-
scheidung darüber vorbehalten. Dagegen beziehe ich mich
zu meinem Bedauern anhersehend, die gewünschte Unter-
stützung des von Eurer Königlich Majestät Seiner
Majestät dem Kaiser unterbreiteten Vorschlags auszu-
sagen. Die Geschichtspunkte, nach welchen ich als Reichskanzler,
wie als persönlicher Minister des Auswärtigen, die braun-
schweigische Frage zu behandeln habe, sind in zwei in
dieser Eigenschaft von mir mit Genehmigung Seiner
Majestät des Kaisers an die herzoglich braunschweigische
Regierung gerichteten, inzwischen der Öffentlichkeit über-
gebenen Schreiben dargestellt. Von dem in diesen Schreiben
angewiesenen Standpunkte aus glaube ich in Eurer
Königlich Majestät Vorlage eine für das Reichsinteresse
annehmbare Lösung nicht erlösen zu können. Mit dem
Ausdruck der ehrentiesten Bewunderung verbleibe ich
Eurer Königlich Majestät unterwürdigster Georg Ernst A.
Wilm, Reichskanzler, Bonn, den 7. Oktober 1906.

Damit hätten die Verhandlungen zwischen dem Dause
Cumberland und dem Kaiser, sowie dem verantwortlichen
Reichskanzler endgültig abgeschlossen sein. Dem Dause
Cumberland ist jedoch nach dem Tode des Prinzen Albrecht
die Möglichkeit, durch eine rückhaltlose Anerkennung der
Eingeleitungen Dausen in Preußen und eine klare Ab-
weisung aller weltlicher Ansprüche, die braunschweigische
Thronfolge zu erlangen. Sollte nach einem solchen Verzicht
Preußen Widerspruch erheben gegen die Übernahme der
Regierung von Braunschweig durch die Familie Cumberland,
so würde es sich vor aller Welt ins Unrecht gesetzt haben.
Willing anders steht es jetzt mit der Abklärung, die durch den
Kaiser und den Reichskanzler erfolgt ist. Was hier der
Herzog von Cumberland anbot, war unannehmbar. Der
Verzicht, den er und sein ältester Sohn auf Braunschweig
leisten wollen zu Gunsten des jüngeren Sohnes, ist nicht nur
habhaftig wertlos, daß dem Herzog und dem älteren
Sohne die Succession vorbehalten bleiben soll,
wenn der jüngere Sohn Linie ausstirbt — dieser
Möglichkeit Prinz ist nach gar nicht einmal verwehrt! —
sondern das völlige Stillschweigen, mit dem das Ver-
hältnis des Herzogs zu Hannover übertragen wird, genügt
allein schon, um die Ansprüche der Cumberlander Familie
auf Braunschweig abzulehnen. Es muß als ausgeschlossen
gelten, daß ein Wille des braunschweigischen Thron-
besitzers, so lange nicht die zur Thronfolge dort berechtigten Mit-
glieder der Cumberlander Familie den durch den Prager
Vertrag festgesetzten Status anerkannt haben. Würden
schon ernste politische Bedenken nicht von der Hand zu weisen
sein, wenn man ein zur Thronfolge in Braunschweig zu-
gelassener junger Sproß der Familie den Verzicht auf Han-
nover ausspricht, die übrige Familie aber nicht, so erlangen
diese Bedenken volles Gewicht, wenn in der von dem Herzog
vorgeschlagenen Weise ausdrücklich das Thronfolgerrecht für
ihn und seinen ältesten Sohn vorbehalten bleiben soll. Ganz
zu schweigen davon, daß der Herzog in seinem Schreiben gar
nicht einmal hervorhebt, daß wenigstens dieser jüngere Sohn
vor seiner Zulassung zur Thronfolge in Braunschweig in
unzweideutiger Weise zu erklären hätte, daß er allen An-
sprüchen auf Hannover entsagt und in seinem Lande teilerliche
weltliche Ansprüche dulden werde. Die Verantwortlichkeit der
Cumberlander, mit der sie sich auch noch in diesem Brief-
wechsel von dem endgültigen Schritt der Aufhebung mit
Preußen zurückhalten, ist es, die sie nun auch um die Thron-
folge in Braunschweig bringt. Und das von Rechts wegen.

Hohenlobes Denkwürdigkeiten.

Die Vermutung, des Kaisers Prosekt gegen Veröffent-
lichungen aus den Memoiren des Fürsten Hohenlohe werde
die Herausgabe des ganzen Werkes, aus dem ja bisher nur
kleine Bruchstücke bekannt gegeben waren, verhindern oder
auch verzögern, hat sich nicht erfüllt. Die Denkwürdig-
keiten des Fürsten Hohenlohe zu Hohenlohe-Schillingsfürth
sind in ihrem vollen Umfang als ein Werk in zwei
Bänden erschienen. Die Diskalton über ihren Inhalt dürfte
in den nächsten Tagen und Wochen noch sehr fortgesetzt wer-

den. Schon ein flüchtiger Blick in die beiden Bände zeigt,
daß in ihnen viel interessantes, bisher unbekanntes Material
für die Einzelheiten der politischen Geschichte der letzten
dreißig bis vierzig Jahre des vorigen Jahrhunderts ent-
halten ist. Nicht als wenn das Werk dazu dienen könnte,
völlig neue Gesichtspunkte zur Beurteilung dieser Epoche
und der in ihr vor allem politisch tätigen Männer zu geben.
Wohl aber gibt es eine Menge klarer Belege für schon fest-
stehende Urteile und es wird die Debatte über noch kritische
verhüllende Fragen von neuem anregen.

Das Vorwort bestätigt, daß der verstorbenen dritte
Kaiser des Dr. Friedrich Curtius in Straßburg,
den jetzigen Präsidenten des Obersterienrats der evangeli-
schen Kirche Augsburger Konfession in den Reichs-
landen, mit der Herausgabe des Werkes beauftragt hat. Und
zwar geschah dies anlässlich der Geburtsfeier des Fürsten
am 31. März 1901, indem er den Dr. Curtius mit der Frage
überreichte: „Wollen Sie mir helfen, meine Memoiren zu
schreiben?“ An diese Frage knüpfte sich eine Unterredung,
in der der Fürst sich dahin ausdrückte, es sei sein Wunsch,
den Rest seines Lebens darauf zu verwenden, seine schrift-
lichen Aufzeichnungen zu ordnen und deren Veröffentlichung
vorbereiten. Die Entscheidung über Einzelheiten
wurde auf weitere Befehle verschoben, die im Laufe
des Sommers 1901 stattfinden sollten, die dann aber nicht
stattgefunden haben, da der Fürst im Juli 1901
starb. Für den Prinzen Alexander und Dr. Curtius ergab
sich, wie Dr. Curtius bemerkt, die Verpflichtung, den letzten
Willen des Fürsten so weit wie möglich auszuführen.

Diese Darstellung scheint wichtig zur Beurteilung der
Memoiren, wie sie jetzt vorliegen. Es wird bei der Beur-
teilung von intimen Einzelheiten, an denen es in den Ver-
öffentlichungen nicht fehlt, die Frage nicht von der Hand zu
weisen sein, ob diese auch zur Veröffentlichung geeignet
wären, wenn der Fürst noch selbst an der Redaktion der
Memoiren hätte mitarbeiten können.

Das Memoirenwerk steht sich auf fortlaufende Aufzeich-
nungen des Fürsten, die er seit 1846 machte, und die er als
sein „Journal“ bezeichnet. Die Mitteilungen des
Journals werden ergänzt durch Abschriften von Berichten
und Briefen, die der Fürst ihres autobiographischen Wertes
wegen zurückgelegt hatte. Somit kommen noch für die Zeit
vor 1866 Einzelaufzeichnungen in Frage und ein zeitweilig
gefügtes Tagebuch. Außerdem haben Mitteilungen
mehrerer fürstlicher Damen wertvolle Ergänzungen geboten,
endlich auch einzelne Briefe des Großherzogs von Baden an
den Fürsten, deren Abdruck hier gestattet hat.

Die Erinnerungen schließen im bisherigen Text mit einer
Notiz, die „Schloß Friedrichsruh, 11. Oktober 1894“ datiert
ist. Zuvor war der Fürst zum Besuch der Kaiserin
Friedrich gefahren. Es folgt ein achttes, dem Herausgeber
kompiliertes Buch: Die Reichstagsreden und das
Lebensende. Man erzählt, daß eine Denkschrift Hohen-
lobes über seine Tätigkeit in der Wilhelmstrasse ebenfalls
vorhanden ist. Der Wert dieser Aufzeichnungen, erklärt
Professor Curtius, besteht, abgesehen von Aufschlüssen über
den Gang der auswärtigen Politik des Deutschen Reichs,
in der rückhaltlosen Darstellung der Kämpfe und Schwächen
der inneren Politik, welche nicht so sehr in den
Sachen als in den Personen ihren Grund haben. Un-
schwätzbare Rücksichten hindern daher zur-
zeit die vollständige Publikation. Doch werden
mehrere fürstliche Damen wertvolle Ergänzungen geboten,
endlich auch einzelne Briefe des Großherzogs von Baden an
den Fürsten, deren Abdruck hier gestattet hat.

Die Genehmigung der Deutschen Verlagsanstalt ver-
öffentlichen wir in dieser Nummer Teile des Buches,
die vielleicht das wichtigste Material enthalten. Wir haben
sie ausgewählt, wie die Nachwelt die Memoiren des Fürsten
Hohenlohe lesen wird, mit dem Blick auf Bismarcks
dominierende Periode. Die Abschnitte, die nachfolgend
angegeben sind, werden hier erzählt. Man sieht nicht mehr
allein die gegen Bismarck anzuführenden Momente des
Gedankens, sondern diesen in seiner Totalität und in den
tiefen Ursachen, die zwei Jahrzehnte ihm gaben, und man
begreift vieles. Und es scheint schon jetzt, daß nicht der
Erzähler, der vorzügliche, satirische Beobachter aus der
französisch gebildeten, schwachen Diplomatie, sondern der
starke Gründer des Deutschen Reiches das letzte Wort be-
halten wird, auch bevor der dritte Band der „Gedanken und
Erinnerungen“ veröffentlicht wird.

Wir erhalten noch das folgende Telegramm:
— Braunschweig, 10. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Nach
Informationen, deren Zuverlässigkeit über jeden Zweifel
erhaben ist, kann der Kaiserliche Korrespondent der
„Frankf. Ztg.“ die Deutung, als ob die Veröffentlichung des
vielen besprochenen Abschnittes des Hohenlohe'schen
Memoirenwerkes über Bismarcks Ent-
lassung eine Beeinträchtigung der internatio-
nalen politischen Lage oder sonst welche politischen
Ziele verfolge habe, für absolut unhaltbar erklären. Seit
Monaten sei auf das Erscheinen der Denkwürdigkeiten des
Fürsten Hohenlohe in der üblichen Weise hingesehen und
durch Kühlung vorgebehalten worden, ohne daß von irgend
jemand Einspruch erhoben worden wäre. Bemerkenswert ist
hinsichtlich, daß die Veröffentlichung des Absatzes über das
Verhältnis Bismarcks zu Kaiser Wilhelm II. nicht wie die
der früheren Ausgabe in der „Deutschen Revue“, sondern in
der demselben Verlag angehörenden Zeitschrift „Ueber Land
und Meer“ erfolgt ist. Man sagt (und auch das verdient

vollen Glaube), Prinz Alexander von Hohen-
lohe sei gegen ein Herausdrücken dieses Artikels aus dem
Zusammenhang gewesen und habe mehrmals die vom Ver-
leger gewünschte Genehmigung zur Bekanntgabe in der
„Deutschen Revue“ verweigert. Der Verleger habe zunächst
das Verbot formell respektiert, aber dasjenige der Bekannt-
gabe in der Zeitschrift „Ueber Land und Meer“ umgangen.
Der Korrespondent sagt weiter: Der lediglich an der dok-
umentarischen Festlegung historischer Wahrheit interessiert ist,
hat sicher mancherlei Anlaß zu der Vermutung, daß aus dem
Hohenlohe'schen Papier nicht viel über die späteren Zeiten
in das Memoirenwerk übergegangen ist.

Die Ebbe-Periode der Revolution.

Das Ausland wird uns über die augenblickliche Lage ge-
schrieben:

Spannung — das ist der allgemeine Eindruck, den der
Beobachter des russischen gesellschaftlichen Lebens seit über-
all bekommt. Die getriggerte Nervosität der letzten beiden
Jahre (sich jetzt plötzlich in ihrem Gegenstand um). Der lange
erfolgreiche Kampf verlor sich schließlich sogar die radikalste
Opposition in einem Zustand der resignativen Verzweiflung.
Man sieht keine Kräfte für die bevorstehenden
Dumaneben. Auch die Regierung scheint sich endlich bei
ihrem Scheitern in Resignation erschöpft zu haben. Nach-
dem sie sich erst noch verweigert hatte, der Partei der Radikal-
ität die Legalität zu erweihen und ihren Antrag
zu verbieten, scheint sie sich jetzt eines Besseren besonnen zu
haben und ist geneigt, einen Kongreß der gemäßigten
Opposition zu gestatten. Die Radikalen aber wollen. Die Haupt-
rolle spielt auch hier jetzt ein Dänemark-togender Kongreß
die Frage, ob sie an dem positiven Widerstand festhalten
wollen, der durch das Württemberg-Konzept verurteilt war,
oder ob sie das Geschehene geschehen sein lassen und sich
aktiv an den Wahlen zur nächsten Duma beteiligen; die Duma
ist tot, es lebe die Duma! Diese Frage ist für Russland
innere Politik von größter Wichtigkeit und wird von der Presse
eifrig ventiliert. Im allgemeinen machen sich manche für
die Liberalen sehr unangenehme Symptome bemerkbar; der
Wahl im Gouvernement Pustkitchin und seiner Mitglieder-
liste seinen Dumaabgeordneten, den Württemberg-Konzept
unterzeichnet hatte; in den Dumaabgeordneten Kongreß
Konferenzen. In der Regierungskreis herrscht darüber
natürlich eitel Streue. Die Radikalen lassen sich aber dadurch
nicht verstimmen. Sie wollen mit Recht darauf sein, daß
die Dumaabgeordneten ihre Rechte sofort als Kongreß
an Geldmitteln bald einstellen müssen; auf die Unterdrückung
des Landabstimmens aber lassen sie schon lange verzichten und
schieben sich lediglich auf die fortgeschrittenen Intelligenzen.

In dieser einseitigen Debe der politischen Spannung
lenkte die Gutachten-Schloß-Ärzte plötzlich das allgemeine
Interesse auf sich. Es war eigentlich seit lange ein offenes
Geheimnis, daß die Oktoberrevolution, die das berühmte
Oktobermanifest mit allen in ihm enthaltenen Freiheitsver-
sprechungen in ihrem Programm gemacht hat, viele radikal-
istische Elemente in ihrer Mitte enthält. Als aber A. S.
Gutachten, der Vorsitzende des Zentralkomitees der Partei
in seinem offenen Briefe an Fürst Trubetzkoi unumwunden
erklärte, er billige das Vorhaben der Regierung gegen die
Opposition und halte die Politik der Radikalen für ver-
einbar mit einer liberalen und sogar radikalen Politik,
— so wirkte doch seine offene Sprache verblüffend. D. M.
Schinow, einer der Mitbegründer des Verbandes vom 17.
Oktober, ein Mann, dem es um die im Manifest verpropheten
Freiheiten ernst ist, erklärte, er könne nicht länger in
einem und demselben politischen Lager mit einem Manne
verbleiben, der das Ministerium der Dumaabgeordneten in
Schach nimmt, und verläßt daher die Oktoberpartei. Ihm
schließen sich einige. Die liberale Presse jubelt und prophe-
zeit einen baldigen Zerfall der Oktoberpartei. Das Zentralkomitee
der letzteren selbst war seiner Absichtserklärung
nicht ganz sicher und besaß sich, zu erklären, daß sein Zer-
fall nicht als solcher, sondern als Privatperson behandelt
habe; zu gleicher Zeit lehnte es auch die Verantwortlichkeit
dafür ab, was Guttschow über als bisher, unbedachtlicher
Redner bekannt ist auf dem bevorstehenden Parteitag der
Kaiserlichen Oktoberisten sagen werde. Die Ursache des
Romstichs hat sich aber als unvorhergesehen erwiesen. Abgesehen
von einem ganz vorübergehenden Stillestehen blieben
alle Mitglieder der Partei den Aufschauenden Guttschows
treu. Dies drückte sich zu allererst auf dem mittlerweile
bereits abgehaltenen Kaiserlichen Parteitag aus, nach mehr
oder auf der eben in Wroslau togenen Verammlung der
Hauptfunktionäre der Oktoberpartei, in deren Hände Guttschow
sein Amt niedergelegt hat; er wurde einhellig
wiedergewählt. Alle Prophezeiungen über den Zerfall des
Verbandes vom 17. Oktober erwiesen sich als verfehlt. Die
Partei erwidert nach der inneren Operation offeneren
Nutz und entschlossen, ihre führende Rolle in Russlands innerer
Politik zu behaupten.

Aus dem Reich der Lüfte.

Kunstballon und Auto.
(Von unserem Berliner Korrespondenten.)

Berlin, 10. Oktober.
Wenn Sie denken, man braucht nur in Berlin zu sein,
um in aller Bescheidenheit den aeroplanischen Ereignissen
dieser Woche zuzusehen zu können, so ist das ein Irrtum.
Es war ein gewaltiger Irrtum. Denn man kommt ganz
gerade bei uns her und denkt eben schnell den Punkt
nach Berlin, wie von irgend einem benachbarten Punkte
Berlin nach der Anglerbahn. Das heißt, wenn jemand
so nah ist, an solcher Lage ein auf Weitehin fahrendes
Kommunikationsmittel gebrauchen zu wollen. Eine halb-
ständige Fahrt auf der Angbahn bis Hohenhof-Wertheim
und eine ebenso lange Fahrt auf der Elektrischen bis an die
Anglerbahn nehmen sich in der Theorie nicht so an.
Über die Praxis hat man einige Attribute: zum Beispiel
auf dem Weg zum einen Ende, die Weg- und Distanzplan
an den Wagen und der Elektrischen Bahn bei der Ein-
nahme an den Wagen. Teilweise ist jeder, der seine Gedanken und
Wahrnehmungen lieb hat, gut, sich ein Auto zu leisten, auch
wenn er doppelte Tage haben soll. Wenn überhaupt die
Frage aufzuwerfen wäre, ob der aeroplanische Verkehr eine
Geltungsberechtigung hat. Eine Frage, die ich zu verneinen
geneigt bin.